



Presseerklärung

Landeselternbeirat für Modellversuch „Selbstständige Schule“

Das Bildungsministerium Rheinland-Pfalz hat alle öffentlichen Schulen der Primarstufe sowie der Sekundarstufen I und II dazu eingeladen, am Schulversuch „Selbstverantwortliche Schule“ teilzunehmen. Dieser Schulversuch ist ausführlich beschrieben, die Ziele sind transparent dargestellt, die Optionen sauber definiert, die Vorgaben klar formuliert.

Die Ablehnung des Modellversuchs durch die Opposition und den kleinen Koalitionspartner, versetzt uns in Erstaunen. Es fällt auf, dass die Kritik einigermaßen zusammenhangslos zwei Punkte herausgreift. Unter Punkt III /5. VORGABEN heißt es: „Leistungsrückmeldungen erfolgen insbesondere durch individuelle Lernberichte. Dies kann auch für Zeugnisse gelten, ausgenommen sind Abgangs- und Abschlusszeugnisse“.

Bedauerlicherweise hat sich auch die Presse nicht der Mühe unterzogen, eine genaue Analyse des geplanten Schulversuches vorzunehmen und die Öffentlichkeit vorurteilsfrei zu informieren. Stattdessen werden Schlagzeilen produziert, die der unheiligen Allianz der Reformgegner buchstäblich in die Karten spielen.

Der Landeselternbeirat fordert dazu auf, die Frage der Rückwärtsgewandten „Ja, wo kommen wir denn hin, wenn...?“ endlich einmal zu ersetzen durch ein konstruktives „Jawohl! Lasst uns sehen, wo wir hinkommen!“

In diesem Sinne begrüßt der LEB den Schulversuch mit seinem Ziel, selbstverantwortlich pädagogische Möglichkeiten individueller Förderung auszuloten, ausdrücklich, ohne jetzt schon eine Bewertung der Versuchsinhalte im Einzelnen vorzunehmen. Nur so kann man dem eigentlichen Sinn eines (Schul-) Versuches gerecht wer-

den. – Im Übrigen ist auf ein ganz besonders wichtiges Faktum hinzuweisen, das von den Ablehnern bezeichnenderweise übergangen wird. Unter III/1. VORGABEN ist unmissverständlich festgelegt: „Vor der Entscheidung, als Versuchsschule zu arbeiten, sind die Gesamtkonferenz, der Schulausschuss, der Schulelternbeirat, die Vertretung der Schülerinnen und Schüler und der Schulträger (...) wie im Schulgesetz vorgesehen zu beteiligen.“

Dies ist für den LEB Ausdruck gelebter Demokratie und Orientierung an gesetzlichen Vorgaben. Keine Schule wird gezwungen, am Versuch teilzunehmen. Wohl im Gegensatz zu anderen, die den Modellversuch kommentiert haben, hat der LEB nicht nur die Ausschreibung gelesen, sondern sich mit den zuständigen Mitarbeitern des MBFJ zum Thema ausgetauscht. Deshalb ist es für uns völlig unverständlich, dass Äußerungen wie „aberwitzigen Schritt weg von einer staatlich beaufsichtigten Schule“ oder „die Einheitsschule solle durch die Hintertüre eingeführt werden“, überhaupt Eingang in die Diskussion finden konnten. Es drängt sich die Frage auf, ob in unserem Lande eine ideologie- und vorurteilsfreie Diskussion bildungspolitischer Themen überhaupt gewünscht wird. Eltern sollten deshalb mit größter Aufmerksamkeit den Fortgang der Debatte verfolgen. Diejenigen, die einen Modellversuch für 12 Schulen verhindern wollen, der sich an Vorbildern wie dem PISA-Gewinnerland Finnland orientiert, müssen sich fragen lassen, was sie tatsächlich mit ihren Äußerungen bezwecken. Vergessen wir doch nicht, um was es uns allen gemeinsam gehen sollte: die inhaltlich-qualitative Weiterentwicklung unseres Bildungssystems zum Wohle aller Kinder.

Mainz, den 14. März 2005

Den Originaltext der Schulversuchsbeschreibung finden Sie auf der Homepage des Landeselternbeirats: <http://leb.bildung-rp.de>